

Konzept zur 2. Förderperiode (2019-2020) EHAP

Name: Unterstützung, Beratung und Begleitung mit dem Ziel der selbständigen Lebensführung und Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichem Leben

„Connected: Verbindung hergestellt“

Bereits in der ersten EHAP-Förderperiode zwischen 2016 bis 2018 hat die Landeshauptstadt Hannover (LHH) gemeinsam mit Kooperationspartner_innen einen Antrag gestellt. Mittlerweile hat sich die gemeinsame Arbeit der Kommune, der Wohlfahrtsverbände, Interessensvertretungen und der freien Träger mit der Zielgruppe bewährt. Im Besonderen konnte durch die **partnerschaftliche Zusammenarbeit der einzelnen Akteure eine über das Stadtgebiet effizient verteilte, dezentrale Beratungsstruktur etabliert** werden, die im Besonderen in **Wohnquartieren mit einer hohen Konzentration von rumänischen und bulgarischen Bürger_innen** tätig ist.

Diese erfolgreiche Arbeit soll in der zweiten Förderperiode vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2020 vertieft und aus den bisherigen Erfahrungen heraus unter verschiedenen Aspekten konzentriert werden. Das Ergebnis ist daher ein gemeinsames Konzept aller Projektpartner_innen.

Leistungsfähigkeit und personelle Qualifikation

Die Projektpartner_innen neben der Landeshauptstadt Hannover sind

- die Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e. V.,
- der Can Arkadas e. V.,
- der Caritas-Verband Hannover e. V.,
- das DRK-Region Hannover e. V. und
- das Diakonische Werk Hannover gGmbH.

Alle Partner_innen im Kooperationsverbund sind schon langjährig in der Integrationsarbeit in Hannover tätig. Sie können bereits jetzt auf ein breites Angebot von Möglichkeiten innerhalb der eigenen Strukturen zurückgreifen. Gleichzeitig ergibt sich durch die verschiedenen Sparten innerhalb der Organisationen ein breites Spektrum an Fachwissen auf welches zurückgegriffen werden kann. Zudem wird bereits jetzt mit Vernetzungspartner_innen der Stadtgesellschaft zusammengearbeitet. Als Beispiele sind hierbei die Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa, Migrationsberatungsstellen, Selbstorganisationen aus der Arbeit mit Sinti und Roma, Beratungsstellen für Themen rund um die Schwangerschaft, eine Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel, Beratungsstellen der Wohnungslosenhilfe zu nennen.

Das eingesetzte Personal wird über berufliche Qualifikationen im Bereich der sozialen Arbeit, Sprachkompetenzen und Erfahrungen in der Integrationsarbeit verfügen.

Zielgruppe

Die LHH und ihre Partner_innen werden auch zukünftig insbesondere mit Zuwanderer_innen aus Rumänien und Bulgarien arbeiten, da sich viele Menschen aus diesen Zuwanderungsgruppen in Hannover aufhalten, mit diesen Personengruppen bereits Erfahrungen bestehen, auf denen aufgebaut werden kann und entsprechende Sprachkompetenzen vorhanden sind. Der Tatsache, dass sich unter den Zuwanderer_innen aus diesen zwei Ländern Personen der ethnischen Minderheit der Roma befinden wird in der Beratung Rechnung getragen.

Davon unabhängig werden die Angebote des Kooperationsverbundes grundsätzlich auch anderen benachteiligten neu zugewanderten Unionsbürger_innen zur Verfügung gestellt werden.

Ausgangslage in Zahlen

- **Ordnungsbehördlich gemeldet** sind am 31.12.2017 in der Landeshauptstadt Hannover aus EU-2-Staaten **6.934 Personen**.
(Rumänien: 3.002 | Bulgarien: 3.932)

Damit stieg die Zahl der Bürger_innen aus EU-2-Staaten im Jahr 2017 um 569 Personen. Zum Vergleich: im Jahr 2016 stieg die Zahl um insgesamt rund 670 Personen, im 1. Hj. 2018 stieg die Gesamtzahl um 153 Personen. Damit hat sich die Zahl der gemeldeten Personen in den letzten 4 Jahren (2014-2017) fast verdoppelt.

- **Kinder** aus der Gruppe der EU-2-Staaten zum Stand 31. Dezember 2017:
 - a) Rumänien
unter 6 Jahre: 285 | von 6 bis 12 Jahren: 270
 - b) Bulgarien
unter 6 Jahre: 356 | von 6 bis 12 Jahren: 362
- **Untergebracht im Obdach** sind ca. 400 Personen (davon ca. 350 Pers. in Wohnheimen) aus den EU-2-Staaten.
Tendenz steigender Bedarf und nur durch nicht vorhandene Kapazitäten beschränkt.
Derzeit ist die Schaffung weiterer Plätze für obdachlose Personen in Umsetzung.

Besonderheit der Wohnsitznahme im Vergleich zu anderen Städten: Zuwanderer_innen aus EU-2-Staaten siedeln sich selten bis gar nicht in den Gebieten der Sozialen Stadt an. Dies hat zur Folge, dass auf die in diesen Gebieten umfassende Beratungs- und Begleitungsinfrastruktur nicht zurückgegriffen werden kann. Hier unterscheidet sich Hannover deutlich von den meisten Großstädten. Ausnahme ist der Stadtteil Mühlenberg. Ansonsten ist eine großflächige Verteilung auf das gesamte Stadtgebiet mit Schwerpunkten in sieben Stadtteilen (Mitte, Nordstadt, List, Vahrenwald, Hainholz, Linden-Süd und Mühlenberg) zu beobachten (289 Personen und mehr gemeldet).

- **Sozialversicherungsrechtlich Beschäftigte** am Arbeitsort gibt es im Dezember 2017 aus
 - a) Rumänien: 1.462 Personen, davon 934 männlich und 528 weiblich
 - b) Bulgarien: 1.308 Personen, davon 792 männlich und 516 weiblich

In beiden Gruppen hat sich die Zahl seit Dezember 2013 mehr als verdoppelt

Aktuelle Problemlagen

Ein Teil der neuzugewanderten Unionsbürger_innen sowie die Kinder von Unionsbürger_innen sind aufgrund ihrer persönlichen Lebensumstände besonders belastet. Diese Menschen lebten bereits in ihren Herkunftsstaaten in Verhältnissen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung geprägt waren und finden auch in Deutschland nur schwer Zugang in die Gesellschaft. Diese Personengruppen haben bereits in ihren Heimatländern am Rande des Existenzminimums gelebt.

In Hannover bedeutet das, dass - wie in anderen Städten auch - immer wieder sogenannte Problemimmobilien auffällig werden. In diesen Häusern erfolgt bereits bei der Vermietung eine Überbelegung (6 Personen bewohnen einen Raum), die Miete ist häufig sehr hoch und schriftliche Mietverträge gibt es selten. Die Überbelegung führt fast zwangsläufig zu Problemen mit den benachbarten Anwohner_innen, da häufig die Abfallentsorgung entweder nicht ordnungsgemäß erfolgt oder schlicht nicht für die vorhandene Personenzahl ausgelegt ist. Ebenso führt das Verhalten der Nutzer_innen zu Konflikten, da z. B. im Sommer das Leben häufig vor dem Haus stattfindet. Da es in Niedersachsen kein Wohnungsaufsichtsgesetz o.ä. gibt, ist die Handhabe der Verwaltung an dieser Stelle sehr beschränkt.

Ebenso werden immer wieder Beschwerden über bettelnde Personen laut. Bei dieser Personengruppe ist davon auszugehen, dass eine Vielzahl der Menschen nicht gemeldet sind und so statistisch nicht erfasst werden.

Vor diesem Hintergrund und nach den Erfahrungen der letzten Jahre muss festgestellt werden, dass die Zielgruppe häufig

- keine bzw. nur rudimentäre Sprachkenntnisse der deutschen Sprache haben und
- die Personen zum Teil nur sehr gering qualifiziert sind sowohl was die schulische als auch die berufliche Ausbildung betrifft.
- Ein Grund dafür ist häufig Analphabetismus in der Muttersprache.
- Die Frage des Krankenversicherungsschutzes ist oft nicht geklärt und
- ebenfalls sind die Wohnsituationen durchaus fragwürdig oder die Menschen sind obdachlos.
- Es kommt durchaus vor, dass Frauen sehr früh heiraten und mehrere Kinder bekommen und so der Zugang zu Bildung nicht bzw. nur rudimentär erfolgt.

- Hinzu kommen oft negative Erfahrungen mit Behörden im Heimatland und ein daraus resultierendes Misstrauen.

Konzept

Durch die verschiedenen Trägerschaften kann eine sinnvolle Aufgabenteilung im Hinblick auf spezifische Themenschwerpunkte, z. B. Unterbringung, Sprache und Bildung und Gesundheit gewährleistet werden. Zudem garantiert die Vielfalt der Träger und Akteure innerhalb eines stabilen Netzwerkes, dass ein großer Teil der Zielgruppe erreicht werden kann.

Gleichzeitig besteht auf Grund der besonderen sozialen Benachteiligung der Zielgruppe immer noch ein besonderer Bedarf der niedrigschwelligen Beratung und der Etablierung besonderer Unterstützungsnetzwerke.

Sämtliche Projektpartner_innen werden sich daher im Rahmen ihrer Tätigkeit der individuellen Beratung und Begleitung sowie aufsuchender Arbeit widmen.

Das Ziel der sozialpädagogischen Arbeit besteht darin, die selbstständige Lebensführung der Zielgruppe ohne Einfluss von Institutionen zu gestalten und ein selbständiges Agieren innerhalb des Sozialraums zu ermöglichen. Um dieses zu erreichen, wird im Projekt das Verfahren Case Management angewendet. Das Case Management dient hier als Intervention, als Unterstützung und Beistand, um den Menschen zu helfen, ihren Alltag besser zu bewältigen. Das Verfahren unterstützt die Ratsuchenden bei der Neuorganisation ihres Netzwerkes und kann eine umfassende Begleitung gewährleisten, um eine Kontinuität im Prozess zu erreichen. Bedingung hierfür wiederum ist eine transparente Vorgehensweise aller Beteiligten. Transparenz sorgt dafür, dass die Maßnahmen aufeinander abgestimmt umgesetzt werden. Dabei werden die angestoßenen Prozesse von dem Beratenden (Case Manager_in) begleitet und zum Ende des Prozessverlaufes evaluiert. Nicht zuletzt dient die Evaluation der Qualitätssicherung, damit die Wege, Ansatzpunkte und Entscheidungen im Einzelfall neu getroffen und vereinbart werden können.

Für den Erfolg dieses Beratungsprozesses ist ein grundlegendes sprachliches Verständnis des Beratenden unabdingbar. Bei Bedarf werden ehrenamtlich tätige Sprachmittler_innen hinzugezogen oder es gibt eine Möglichkeit der niederschwelligen Verständigung mittels Visualisierung über Bildergeschichten. Außerdem werden die im Projekt tätigen Teilhabe-Coaches und die ehrenamtlich Tätigen während des gesamten Case Management Prozess punktuell für die Unterstützung und Begleitung eingesetzt.

Im Case Management durchläuft die soziale Beratung mindestens folgende Stufen:

- Sozialpädagogisches Sondierungsgespräch (Bedarfsanalyse)
- Sozial- und Kompetenzanalyse der zu beratenden Personen
- Erstellung des Förderplans inkl. Methodenentwicklung, Ziele, Meilensteine
- Sicherstellung der Umsetzung des Förderplans (durch Evaluation)
- Abschlussgespräch

Durch das Durchlaufen der Stufen entsteht eine enge Verbindung zwischen dem/der Berater_in und der zu beratenden Person, die es erlaubt zielgerichtet und bedarfsgerecht auf den einzelnen Menschen einzugehen und so Erfolge zu schaffen.

Aus den Erfahrungen der bisherigen Förderperiode fokussiert sich der Verbund der Landeshauptstadt Hannover zusätzlich auf zentrale Schwerpunkte innerhalb der Förderperiode 2019/2020:

- (1) Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation
- (2) Verbesserung im Bereich Krankenversicherung und Gesundheitsversorgung
- (3) Frühkindliche Bildung
- (4) Erhöhung des ehrenamtlichen Engagements für die Zielgruppe und Teilhabe
- (5) Infoveranstaltungen, Schulungen, Kurse

Die besonderen Themenschwerpunkte werden sich wie folgt aufteilen und ausgestaltet:

(1) Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation

Aus den Erfahrungen der Projektpartner_innen wird ganz konkret an Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation der Zielgruppe gearbeitet. Dies geschieht in kontinuierlichen Arbeitstreffen. Das alltägliche Leben ist abhängig von der Wohnsituation der Beratungsnehmer_innen. Nur eine gesicherte Wohnsituation schafft eine Grundlage für Integration und eine angemessene soziale und wirtschaftliche Teilhabe.

Bei der Kenntnis von der notwendigen Verbesserung der Wohnsituation werden sowohl die betroffenen Familien als auch Vermieter_innen und der Energieversorger angesprochen, um die genaue Problemlage festzustellen.

Um eine nachhaltige Sicherung der Wohnsituation zu erreichen wird insbesondere durch das Diakonische Werk die Kooperation mit vorhandenen Projekten zur Wohnbegleitung der freien Wohlfahrtspflege, der Region Hannover und der Landeshauptstadt Hannover angestrebt. Während die Hilfe- und Beratungsstellen die fachlichen Hilfen durchführen, werden die Berater des Diakonischen Werkes eine koordinierende Funktion innehaben.

Das Diakonische Werk betreibt in Hannover-Mitte eine Bekleidungs- und Essensausgabe. Dies sind sehr niedrigschwellige Angebote, die es ermöglichen, ungezwungen mit der Zielgruppe in Kontakt zu kommen und Beratung und Perspektiventwicklung anzubieten.

(2) Verbesserung im Bereich Krankenversicherung und Gesundheitsversorgung

Im Haus der Caritas im Stadtteil Mitte ist die Malteser Migranten Medizin Hannover angesiedelt und bietet dort wöchentliche Sprechstunden für Menschen an, die nicht krankenversichert sind. Ausgehend von dieser Sprechstunde bestehen schon die ersten Anknüpfungspunkte für die Berater_innen der Caritas um Kontakt zu den Menschen aufzunehmen und über das System der Krankenversicherung in Deutschland

aufzuklären und im Sinne einer Clearingstelle weitere Schritte zu unternehmen, um einen Krankenversicherungsschutz herzustellen.

Des Weiteren ist im Sinne einer Peer Group geplant, Personen aus der Community zu Multiplikatoren in Sachen Gesundheitsschutz und – vorsorge auszubilden. Hier geht es neben der Frage der Krankenversicherungspflicht um Aufklärung über Impfschutz für Kinder, Schwangerschaftsfragen, Zahnhygiene, Geschlechtskrankheiten, Suchterkrankungen und vieles mehr. Die Qualifizierung der „Gesundheitslotsen_innen“ wird in Kooperation mit einem externen Kooperationspartner der Caritas stattfinden und am Ende der Projektteilnahme erhalten die Teilnehmer_innen entsprechende Zertifikate.

Die Schulung zum/zur Gesundheitslotsen_in findet in Räumen einer Begegnungsstelle in Linden-Süd statt, wo bereits jetzt verschiedenste Angebote vorgehalten werden, darunter auch ein Sprachkurs für Bulgaren_innen.

(3) Frühkindliche Bildung

Wie bereits weiter oben beschrieben, fehlt vielen der neu zugewanderten Personen eine qualifizierte Aus- bzw.- Schulbildung. Dies setzt sich bedauerlicherweise bei den Kindern der Neuzugewanderten fort, da der Sinn der Bildung für die Menschen nicht immer nachvollziehbar und unmittelbar erkennbar ist. Auch um späteren Schulabsentismus zu vermeiden, ist schon die Zeit vor der Schule, die sogenannte frühkindliche Bildung, wichtig. Auch hier gibt es Defizite, die sich spätestens bei den Schuleingangsuntersuchungen zeigen.

Die institutionellen Angebote werden nicht immer im vorhandenen Maße genutzt. Erklären lässt sich dies mit den bisherigen Lebensumständen und auch mit den Strukturen der zum Teil großen Familien. Hier werden traditionelle Rollenbilder gelebt und die Vorteile, die der Besuch einer Kita für Kinder bringt, nicht erkannt. Bei einigen Gruppierungen, dies betrifft insbesondere die Familien, die der Ethnie der Roma angehören, kommt erschwerend hinzu, dass die in institutionellen Bildungseinrichtungen vermittelte Werte als Angriff auf ihre eigene Kultur gewertet werden.

Gerade deshalb muss versucht werden, Kinder in frühkindliche Bildung zu vermitteln, da dies erhebliche Vorteile für die Zukunft mit sich bringt. Angefangen vom Erlernen der Sprache bis zum Interagieren mit anderen Personen außerhalb der Familie und die Vermittlung von Werten, die in Deutschland wichtig sind.

Dieses Themas wird sich insbesondere der Projektpartner DRK annehmen, der in vorhandenen Obdachlosenunterkünften regelmäßige Angebote sowie an zwei Standorten in den Stadtteilen Mühlenberg und Mittelfeld Beratung und niedrigschwellige Angebote, wie zum Beispiel Erzählcafés anbieten wird. Die Angebote werden als niedrigschwelliger Zugang dienen. Sie vermitteln Basis-Deutschkenntnisse und sensibilisieren dafür, dass hier Profis für bestimmte Themen vertrauenswürdig und ansprechbar sind. Hinzu kommen selbstverständlich Begleitung zu Behörden und Institutionen.

Bei der Stadt Hannover wird sich ebenfalls eine Kollegin verstärkt mit diesem Thema beschäftigen, da diese in der ersten Förderperiode bei Teilziel 2 tätig war und bereits über entsprechende Kontakte verfügt.

(4) Erhöhung des ehrenamtlichen Engagements für die Zielgruppe

Festzustellen ist, dass das ehrenamtliche Engagement für die Zielgruppe der EU-Zuwanderer_innen im Vergleich zu geflüchteten Menschen erheblich geringer ist. Die Gründe dafür können derzeit nur vermutet werden und sind möglicherweise durch Vorurteile begründet. Diese gilt es abzubauen und für Verständnis und Hilfsbereitschaft für die Gruppe der neu zugewanderten Menschen zu werben. Parallel dazu hat insgesamt das ehrenamtliche Engagement für Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb der Gesellschaft abgenommen. Dennoch kann der Wirkungsgrad des Kontakts zu Personen der Aufnahmegesellschaft ein besonders wichtiger Anker für die Integration sein. Dies gilt im Besonderen um eine Brücke in die Regelsysteme zu bauen. Mit der Koordinierungsstelle Flüchtlingshilfe, die innerhalb desselben Bereichs wie die Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa angesiedelt ist, besteht eine umfassende Expertise zur Akquise von Ehrenamtlichen. Eine enge Zusammenarbeit und der Rückgriff auf schon bestehende Strukturen sollen zu einer erhöhten Zahl von ehrenamtlich Tätigen für neu zugewanderte Menschen sorgen. Dies gilt auch für die weiteren Kooperationspartner_innen, die einen umfassenden Pool an bestehenden ehrenamtlichen Strukturen besitzen. Ziel aller Kooperationspartner_innen muss es sein, ähnlich wie die Nachbarschaftskreise bei den Flüchtlingsunterkünften, ein ähnliches Netzwerk in den einzelnen Stadtbezirken und Beratungsstellen zu knüpfen. Dies kann u.a. zu verstärkten Freizeitaktivitäten und zur Intensivierung von Sprachangeboten führen, die eine effektive Brückenfunktion bilden können.

Die LHH wird unter anderem mit den Ehrenamtlichen Maßnahmen durchführen, die die Teilhabe der neu zugewanderten Menschen fördert. Dazu gehört insbesondere auch, mit den Menschen z. B. im Rahmen von „Stammtischen“, Gesprächsrunden o.ä. ins Gespräch zu kommen und zu ergründen, was ihre Wünsche und Bedarfe sind. Ziel ist es nicht nur über, sondern auch **mit den Menschen zu sprechen** und daraus ggf. weitere Projekte/Maßnahmen zu entwickeln, die an der Bedarfslage der Menschen anknüpft.

(5) Infoveranstaltungen, Schulungen, Kurse

Der Verein Can Arkadas hat seinen Sitz im Stadtteil Mitte und bietet ein breites Spektrum an Veranstaltungen der unterschiedlichsten Themen im Bereich Erziehung, Bildung, Kultur und Sport an. Die Kurse sind oft kostenlos oder erfordern nur einen geringen Teilnahmebeitrag.

Hier besteht aufgrund der guten Vernetzung der Projektpartner_innen die Möglichkeit, den zu beratenden Personen direkt Angebote zu machen, die ihnen helfen in Hannover besser Fuß zu fassen, die ihnen z. B. das Bildungssystem erklären, Sprachkurse möglich machen oder auch Eigenverantwortung im Bereich Gesundheit zu übernehmen.

Da der Verein auch sportliche Aktivitäten anbietet, besteht die Möglichkeit die Zielgruppe langsam an das Thema frühkindliche Bildung heranzuführen umso dafür zu

sorgen, dass zu einem späteren Zeitpunkt auch institutionelle frühkindliche Angebote angenommen werden.

Alle diese Vorhaben flankieren letztlich die Beratung, Begleitung und aufsuchende Arbeit, die bei jedem einzelnen Projektpartner geleistet wird.

Die verschiedenen Partner haben ihre Anlaufstellen in den Stadtteilen Sahlkamp, Mühlenberg, Linden-Süd, Linden-Mitte, Mittelfeld, Mitte, Calenberger Neustadt, Leinhausen, Oststadt, Ahlem, Burg und Hainholz. Allerdings ist der Wirkungskreis zum Teil stadtweit, da davon auszugehen ist, dass zu bestimmten Angeboten auch Personen aus anderen Stadtteilen kommen.

Methoden, Mittel und Aktionsformen

Bei allen Partnern_innen wird Personal mit Sprachkompetenzen vorhanden sein oder mit Sprachmittlern_innen gearbeitet.

Ebenfalls wird ein systemischer Ansatz vorliegen. Es liegt dabei die Annahme zu Grunde, dass alle Fähigkeiten und Kenntnisse, die benötigt werden, in den zu beratenden Personen selbst liegen und ggf. noch aktiviert werden müssen. Es wird daher mit personenzentrierter Gesprächsführung und Empowerment gearbeitet. Durch alle angewandten Techniken, soll vermittelt werden, dass die Beratenen kompetent und wertvoll sind und so das Selbstwertgefühl und Vertrauen stärken, damit Angebote angenommen und zuletzt auch selbständig wahrgenommen werden können.

Es wird niedrigschwellige Angebote geben, wie z. B. Erzählcafés, bei denen unterschiedliche Themen auf Augenhöhe besprochen werden können.

Ebenfalls wird eine verstärkte Peer-to-Peer-Vermittlung aufgebaut werden, da auch diese das Selbstwertgefühl auf der einen und die Akzeptanz auf der anderen Seite verstärkt. Durch diese Arbeit wird gleichzeitig die Nachhaltigkeit gesichert, da erworbenes Wissen auch nach Projektende weitergegeben werden kann.

Querschnittsziele

Ein Querschnittsziel ist die Vermeidung/Verhinderung von Diskriminierung aufgrund von Nationalität oder Ethnie. Aus den Erfahrungen wurde deutlich, dass schon durch die Begleitung der Menschen zu Dritten eine Diskriminierung vermieden werden kann. Zusätzlich werden die Partner Workshops/Infoveranstaltungen sowohl für die Zielgruppe als auch für Dritte anbieten, um so zu sensibilisieren und Diskriminierung zu verhindern.

Dem Thema Gleichstellung wird innerhalb der Partner_innen begegnet, indem es sowohl männliche als auch weibliche Projektbeschäftigte geben wird. Gleichzeitig wird in den Gesprächen, Infoveranstaltungen und anderen Maßnahmen mit der Zielgruppe in verschiedenen Formen immer wieder die Stellung der Frau in Deutschland thematisiert

werden. Dies wird von der Einbeziehung der Frauen in Gespräche, Abfragen von Meinungen über Infoveranstaltungen ausschließlich für Frauen und Aufklärung ihrer Rechte alles Mögliche sein.

Im Bereich Migration und Integration ist ebenfalls die Antidiskriminierungsstelle der LHH angesiedelt. Es gibt also kurze Wege, sollte es zu einer Diskriminierung kommen und wenn die Menschen bereit sind rechtlich dagegen vorzugehen.

Verstetigung/Nachhaltigkeit

Das Projekt ist alleine schon durch seine Beschaffenheit nachhaltig – eine Zielgruppe, die vorhandene Angebote nicht nutzt, wird auf kreative Art und Weise in selbige vermittelt. Dabei lernen alle Beteiligten mehr über die Zielgruppe und können zukünftig besser bedarfsorientierte Projekte entwickeln, die von den hier gemachten Erfahrungen profitieren. Aber auch die Zielgruppe lernt Angebote kennen und kann diese innerhalb ihrer Community weitergeben.

Darüber hinaus handelt es sich um einen großen Kooperationsverbund, der Hannover-weit agiert. Durch diesen Projektverbund ergeben sich Synergien, die auch zukünftig genutzt werden können. Die Vernetzung führt per se zu einer passgenaueren Vorhaltung von Unterstützungsmöglichkeiten.

Das Projektziel „Inanspruchnahme von vorhandenen Hilfeangeboten durch die Zielgruppe“ und die persönliche Begleitung können dazu beitragen, dass die betroffenen Menschen leichter die in Deutschland akzeptierten Verhaltensweisen annehmen können. Dadurch werden sie auch von Anwohner_innen ohne Migrationshintergrund positiver wahrgenommen, es kommt zu weniger Konflikten.

Die Projektmitarbeitenden sind eine besonders wertvolle Ressource und weisen wichtige Erfahrungswerte im Umgang mit der Zielgruppe auf. Dieses Personal ist sehr schwierig zu finden. Darum soll es frühzeitig weitere Bedarfe, die die Zielgruppe hat, in neuen Projektkonzepten formulieren, die nach Abschluss des zweijährigen Vermittlungsprojektes umgesetzt werden können.

Sollte sich nach Ende des Projektes herausstellen, dass die EU sich auch weiterhin mit der Zielgruppe beschäftigt, wird der Kooperationsverbund auch weiterhin ein hohes Interesse an der Unterstützung und Umsetzung entsprechender Projekte haben.

Für die Landeshauptstadt Hannover kann bereits jetzt zugesagt werden, dass im Stellenplan 2021 mindestens eine Stelle für Beratung beantragt wird. Die anderen Partner_innen haben ebenfalls vor, die begonnene Arbeit nach Beendigung des Projektes fortzusetzen. Dies ergibt sich z. B. durch den Einsatz als soziale Betreuung in Unterkünften der LHH und vorhandene Stellen im Bereich der Projektentwicklung. Außerdem kann bereits jetzt festgestellt werden, dass die Kooperation innerhalb des Verbundes nicht mit dem Projekt endet, sondern selbstverständlich weitergeführt wird.